

Beitrag 10 vom 02.01.2026: **Deutsche Europaillusionen:**

Europa bzw. die Europäische Union ist unsere Zukunft, nur in und mit Europa bzw. der EU können wir international bestehen. Daher müssen wir Europa bzw. die Europäische Union stärken und voranbringen.

Wir brauchen mehr statt weniger Europa.

So oder so ähnlich hören wir es aus den Parteien der selbsternannten Mitte unserer im Bund und den Ländern regierenden Parteien, sprich vor allem Union, SPD und Grüne. In dieser Einschätzung erfahren diese Parteien breite Unterstützung in vielen reichweitenstarken Medien und besonders auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Daran ändern auch einige kritische Berichte über die EU im Grunde nichts, weil einige grundlegenden Probleme weitgehend oder völlig ausgeblendet bleiben. Das gilt gleichermaßen für die oben genannten Parteien: Gerne werden Allgemeinplätze zum Besten gegeben und damit jede grundlegende Kritik an der EU, ihrer Funktionsweise sowie vor allem ihrer mangelhaften demokratischen Legitimation als ‚europafeindlich‘, ‚nationalistisch‘, ‚wirtschaftsfeindlich‘ und ‚wohlstandsgefährdend‘ gebrandmarkt. Man will damit jede grundlegende Kritik an der derzeitigen Organisation der Europäischen Union im Keim ersticken, ohne sich mit den in der Sache gut begründeten Kritikpunkten ernsthaft auseinanderzusetzen. Damit öffnet man jedoch seitens dieser selbsternannten politischen Mitte den Raum für populistische Strömungen, welche dies für sich zu nutzen wissen.

Ich will nachfolgend mit einigen Fakten diese politischen Illusionen aufzeigen und damit sowohl der hohlen Phrasendrescherei aus der selbsternannten politischen Mitte als auch unseriösen populistisch-nationalistischen Parolen entgegentreten.

Am Beginn dieser Ausführungen verweise ich auf die Beiträge in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ und dort auf den Themenbereich 6 ‚Europäische Union‘. Als Einstieg bietet sich dabei der erste Beitrag mit der Überschrift ‚Grundlegende Demokratiedefizite‘ an. Darin werden grundlegende Demokratiedefizite der EU erläutert und welche Probleme damit in der praktischen Politik verbunden sind. Ich werde in diesem Beitrag an mehreren Stellen darauf zurückgreifen, weil sich viele meiner dort aufgeführten Kritikpunkte leider immer wieder

bestätigt haben, so zuletzt auch in zwei Artikeln bei t-online im Dezember 2025:

- der erste vom 19.12.2025 von Peter Riesbeck beschreibt und erläutert beispielhaft eine typische Art der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union
- der zweite vom 31.12.2025 von Christoph Cöln beschäftigt sich mit dem Rüstungsprojekt FCAS und dem deutsch-französischen Streit darum.

Ich lege dabei mein Augenmerk auch auf die Medienberichterstattung in Frankreich und Belgien, weil anhand jener deutlich wird, wie unterschiedlich die Einschätzungen des Verhältnisses von Nationalstaat und EU im Unterschied zu Deutschland sind.

Aber zunächst zitiere ich aus meinem oben bereits genannten Beitrag, welcher in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ auf dieser Internetseite mit der Überschrift ‚Grundlegende Demokratiedefizite‘ zu finden ist:

„Bevor ich wesentliche Demokratiedefizite der Europäischen Union kurz aufliste und begründe, möchte ich folgendes betonen:

Vieles von dem, das mit der sogenannten ‚Europäischen Idee‘ verbunden wird, unterstütze ich nachdrücklich! Es sind dies vor allem die im Zuge langer geschichtlicher Prozesse entwickelten Werte wie die jedem Menschen gleichermaßen zukommende Würde, die daraus abgeleiteten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung sowie der seit dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges etablierte Friedensgedanke: Ein sehr großer historischer Fortschritt besteht in der Schaffung einer stabilen Friedenszone in Europa von früher sich immer wieder bekriegenden Staaten, sodass sich in meiner Generation – ich bin 1966 geboren worden – wohl kaum jemand mehr ernsthaft vorstellen kann, gegeneinander Krieg zu führen. Ebenfalls empfindet eine große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit, welche sich nicht nur auf das Reisen beschränkt, mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen als im wesentlichen sehr positiv. Neben dem **Binnenmarkt** möchte ich hier vor allem auch die Möglichkeiten des **intensiven gegenseitigen Kennenlernens der jungen Menschen in Europa hervorheben**, so beispielsweise das ‚**Erasmus-Programm**‘, welches sich vornehmlich an Studenten richtet. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich dieses Programm noch viel stärker auch an **Auszu-**

bildende zukünftig wendete. Kein vernünftiger Mensch wird auf derartige Fortschritte verzichten wollen!

Nun zu Kritikpunkten hinsichtlich einiger gravierende Demokratiedefizite:

1. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wird ein elementares demokratisches Prinzip verletzt, nämlich die gleiche Gewichtung der Stimmen eines jeden Wahlbürgers: Die Stimmen eines deutschen oder französischen Wählers wiegen deutlich weniger als die eines Dänen oder gar Luxemburgers. Damit wird auf europäischer Ebene das Prinzip ‚Ein Mensch / Wähler, eine Stimme‘ verletzt. Dies wird damit begründet, dass bei einer Einhaltung dieses demokratischen Grundprinzips die kleinen Länder durch noch weniger Abgeordnete als zurzeit vertreten wären und bei sehr kleinen Ländern vielleicht gar kein Abgeordneter mehr ins Europäische Parlament entsandt werden könnte, oder aber dass das Parlament noch viel mehr Abgeordnete haben müsste und dann kaum noch arbeitsfähig wäre. Obwohl ich diese Argumentation durchaus nachvollziehen kann, rechtfertigt sie meiner Meinung nach keinesfalls die Verletzung demokratischer Grundprinzipien.
2. Die oben aufgeführten Argumente **für** das derzeitige Wahlverfahren zum Europäischen Parlament weisen auf ein weiteres gravierendes Demokratiedefizit auf europäischer Ebene hin: Wenn man befürchtet, dass kleinere Länder bei einer Gleichgewichtung der Stimmen unterrepräsentiert wären, heißt dies nichts anderes, als dass es zurzeit kein europäisches Staatsvolk gibt, sondern vielmehr die Hauptidentifikationsquelle der meisten Menschen und Wähler in den Nationalstaaten zu finden ist: Die Menschen fühlen sich zunächst als Franzosen, Engländer, Italiener, Spanier, Griechen oder Deutsche und dann erst als Europäer. Denn beispielsweise käme in Deutschland bei der Wahl zum Bundestag ja auch niemand ernsthaft auf den Gedanken, dass die Stimme eines Bremers viel stärker im nationalen Parlament gewichtet werden müsste, als die eines Bayern, weil die Bremer im Bundestag ansonsten durch zu wenige Abgeordnete vertreten wären.
3. Daraus leitet sich zudem das ganz grundlegende demokratische Defizit einer fehlenden **europäischen** politischen Öffentlichkeit

ab: Notwendige Diskussionsprozesse können schon allein wegen der Sprachbarrieren nicht gesamteuropäisch stattfinden. Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch kein ‚europäisches Volk‘ und damit keinen legitimen Souverän, wobei die verschiedenen Muttersprachen nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind. Solange es aber **ein die Demokratie legitimierendes Staatsvolk nicht gibt**, weil die meisten Menschen in Europa dies zurzeit nicht wollen, **existiert überhaupt keine Grundlage für demokratische Entscheidungen**. Infolgedessen dürfen nicht so viele und wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, sondern es müssen Regelungen gefunden werden, welche die bisherigen Nationalstaaten mit Kernkompetenzen weiterbestehen lassen. Allerdings werden schon heute viele wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen, welche die Befugnisse der nationalen Parlamente in erheblicher Weise einschränken, sodass die Bürger durch die Wahl ihrer nationalen Abgeordneten kaum oder gar keinen Einfluss mehr auf wichtige Politikfelder nehmen können. Und dies geschieht auch unter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes, welches eben aus mehreren Gründen – wie oben bereits ausgeführt – dazu eigentlich nicht entsprechend demokratisch legitimiert ist.

4. Ein weiteres Demokratiedefizit gepaart mit einer Verletzung der Gewaltenteilung stellen die Europäischen Räte der Regierungschefs bzw. die Ministerräte dar: Die verschiedenen Europäischen Räte, besetzt mit Vertretern der Exekutive sollten als Regierungsvertreter keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, da dies die Gewaltenteilung aufhebt. In der politischen Praxis werden von diesen Räten sehr häufig weitreichende Entscheidungen getroffen, welche das Leben der Menschen in der Europäischen Union stark beeinflussen, ohne dass ein hinreichender öffentlicher Diskussionsprozess stattgefunden hat oder dass die eigentlich zur Gesetzgebung legitimierten Abgeordneten in den nationalen Parlamenten eine auch nur annähernd hinreichende Mitwirkung und Kontrolle dabei eingeräumt wird. Durch Beschlüsse, die von den genannten Räten auf europäischer Ebene ganz wesentlich mit entschieden werden, entsteht europäisches

Recht, welches in den Staaten kaum oder gar nicht mehr von den nationalen Parlamenten mit ihren demokratisch gewählten Abgeordneten mitgestaltet oder gar abgelehnt, sondern nur noch abge-
nickt werden kann.“

Ende des Zitats. Im weiteren Verlauf meines Beitrags erläutere ich noch einiges zu diesen Defiziten und zeige zudem noch einige Folgewirkungen dieser Defizite auf. All meine Aussagen beruhen auf nachprüfbaren Fakten. Ich will damit der hohlen Phrasendrescherei vieler Politiker entgegentreten, die mit derartigem Wortschwall gravierende Probleme nur vernebeln.

Nun zeige ich anhand der oben bereits genannten zwei Artikel bei t-online auf, wie berechtigt meine Kritikpunkte sind und welche Auswirkungen dies auf die aktuelle Politik hat.

Ich beginne mit dem ersten vom 19.12.2025 von Peter Riesbeck, welcher beispielhaft eine typische Art der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union beschreibt:

Nachfolgend zitiere und kommentiere ich den Text folgendermaßen: Zunächst zitiere ich eine Textpassage und markiere dieses Zitat – wie üblich auf meiner Internetseite – mit Anführungszeichen. Direkt im Anschluss folgt dann mein Kommentar und so fahre ich dann immer weiter fort.

„Milliardenhilfe für die Ukraine: Daran ist der Merz-Plan in Brüssel gescheitert: Merz' Vorstoß für die Ukraine fällt durch. Macron und Meloni zögern und verbuchen einen stillen Erfolg. Plan B zum Merz-Plan ist langfristig für sie viel attraktiver.

Belgiens Regierungschef Bart De Wever fasste die Beratungen so zusammen: "Die Ukraine hat gewonnen, Europa hat gewonnen, die finanzielle Stabilität hat gewonnen", sagte er. Das klang vergleichsweise zurückhaltend.

Die heimische Presse war da mit ihrem Urteil schon eindeutiger: "Premier De Wever triumphiert", titelte die belgische Zeitung "De Morgen" und war sich noch in einer anderen Analyse ziemlich sicher. "Der Verlierer muss Deutschland sein", so die Zeitung.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sah das etwas anders. "Wir stellen uns entschlossen der größten sicherheitspolitischen Bedrohung

Europas entgegen. Das ist die Aggression Russlands, die längst den Angriffskrieg gegen die Ukraine übersteigt", sagte Merz. Seine Zuversicht konnte aber eines nicht verschleiern: Sein ursprünglicher Plan, eingefrorenes russisches Staatsvermögen in der EU als Kredit an die Ukraine durchzureichen, kam auf dem EU-Gipfel nicht durch. Zu groß war der Widerstand. Nicht nur aus Belgien, sondern überraschend auch aus Italien und Frankreich. Die Kritik aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien war ohnehin absehbar.

Bart De Wever: Proeuropäischer Widerstand

Bart De Wever ist erst seit Februar als belgischer Regierungschef im Amt. Noch vor wenigen Wochen drohte seine Regierung an einem Sparpaket über zehn Milliarden Euro zu scheitern. Nun feiert ihn nicht nur seine Heimat Flandern, sondern auch die Wallonie: "Er hat bekommen, was er wollte", registrierte die frankofone belgische Zeitung "Le Soir". Und der flämische "De Morgen" jubelte: "Europa kommt nicht an eingefrorene russische Gelder."

Anerkennung in beiden Landesteilen ist im zerklüfteten Belgien selten. Seine Bedenken gegen den Merz-Plan hatte er früh offengelegt. Und auch ihm war an einer europäischen Lösung für die Ukraine gelegen. Proeuropäischer Widerstand – eine echte Seltenheit in Europa.

Kanzler Merz hatte vorgeschlagen, die eingefrorenen russischen Staatsgelder in Europa als Kredit an die Ukraine weiterzureichen. Sie sollten später mit russischen Reparationsleistungen an Kiew verrechnet werden. Rund 185 Milliarden Euro der eingefrorenen Gelder werden vom belgischen Finanzdienstleister Euroclear verwaltet. Russlands Staatschef Wladimir Putin drohte mit Vergeltung und Schadenersatzforderungen. De Wever fordert europäische Garantien. Er zeigte sich auf dem Gipfel kompromissbereit. Andere wie Italien und Frankreich blockierten. Sie fürchten die finanziellen Risiken einer Bürgschaft für Belgien. So glänzte De Wever. Vom "heimlichen Sieger Belgien" sprach auch die Londoner „Times“.

Aus meiner Sicht ist besonders interessant, dass selbst die beiden ansonsten notorisch streitenden belgischen Landesteile – Flandern und Wallonie – gleichermaßen das Scheitern der deutschen Initiative zur Verwendung des eingefrorenen russischen Vermögens zur Unterstützung der Ukraine bejubeln und vor allem die Art, wie sie es tun: Sie

freuen sich gemeinsam über einen Sieg gegen Deutschland! Das zeigt eindrucksvoll einmal mehr, dass es kein europäisches Staatsvolk gibt, sondern dass sich die Bevölkerungen zuallererst mit dem eigenen Land, der eigenen Nation identifizieren, selbst im ansonsten so sehr politisch zwischen der Wallonie und Flandern zerstrittenen Belgien. Anhand solcher Beispiele werden die deutschen politischen Illusionen immer und immer wieder als ebensolche entlarvt. Und daran ändern in der politischen Realität auch wohlklingende Phrasen nichts!

Ich fahre mit dem Zitat fort:

„Giorgia Meloni: Geben und Nehmen

Giorgia Meloni ist ein Phänomen. Die rechtsgerichtete Politikerin war 2022 auch durch einen Anti-Europa-Wahlkampf ins Amt gekommen. Kaum im Amt, zeigte sie sich aber sehr flexibel. Meloni reiste mit EU-Kommissionschefin von der Leyen nach Nordafrika, um über Migrationsdeals zu beraten, und billigte auch die Unterstützung der Ukraine durch EU-Gelder.

Ein Argument mag bei der proeuropäischen Orientierung geholfen haben: Italien – von der Pandemie stark getroffen – erhielt aus dem Corona-Aufbaufonds der EU fast zweihundert Milliarden Euro. Das milderte die Kritik an Europa erheblich. Vor dem EU-Gipfel in Brüssel änderte Meloni ihre Strategie und ging auf Konfrontationskurs. "Giorgia Melonis europäischer Durchbruch hat seinen Preis", titelte die "Financial Times".

Und den bestimmte in diesem Fall Meloni: Die italienische Ministerpräsidentin ging zunächst auf Distanz zum geplanten Mercosur-Handelsabkommen der EU mit wichtigen Staaten in Südamerika. Offiziell ging es um Bedenken der italienischen Bauern. Inoffiziell brachte sich Meloni strategisch in Stellung. Im neuen Jahr wird in Brüssel über den mehrjährigen Finanzplan für die Jahre bis 2035 verhandelt. Die für Italien wichtigen Posten Agrar- und Regionalförderung werden neu verhandelt. So reklamierte Meloni erst einmal Widerstand. Für ihre Zugeständnisse in Handelsfragen erwartete sie ein finanzielles Entgegenkommen. Klassisches Geben und Nehmen. Klassisches politisches Spiel in Brüssel.

Bei der Frage der Gelder für die Ukraine wollte Meloni vor allem finanzielle Risiken für ihr Land abwenden. Italien ist hoch verschul-

det. Die Übernahme möglicher Bürgschaften für Belgien könnten das Kredit-Rating an den Finanzmärkten beeinflussen. So setzte Meloni auf einen EU-Kredit.

Kleiner Vorteil: Nach dem Corona-Fonds geht es ein weiteres Mal um europäische Gemeinschaftsschulden – seit Langem ein Anliegen für die Staaten im Süden Europas.

Emmanuel Macron: Ohne eigene Mehrheit

Frankreichs Präsident hatte seine Probleme schon früh signalisiert. Schon bei den Beratungen zum Ukraine-Gipfel im Berliner Kanzleramt nahm Emmanuel Macron den deutschen Regierungschef zur Seite.

Im Kern war Macron für den Merz-Plan mit den russischen Staatsgeldern. Doch fehlt Macron eine eigene Mehrheit in der Pariser Nationalversammlung. So war unklar, ob die französischen Abgeordneten die Übernahme einer Bürgschaft für Belgien billigen.

Am Freitag kam eine weitere bittere Nachricht hinzu: Auf 117,4 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft stieg Frankreichs Staatsverschuldung. "Nicht nur außerordentliche Ausgaben oder Investitionsausgaben werden durch Schulden finanziert, sondern auch der laufende Betrieb des Staates und Transferausgaben im Zusammenhang mit Umverteilung oder Sozialversicherung", warnte der Ökonom Guillaume Hannezo in der Zeitung "Le Monde".

So ist Macron nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich blockiert. Mit Plan B in Brüssel, einem Kredit über 90 Milliarden Euro durch die EU-Kommission, der an die Ukraine weiterfließt, kann auch Macron gut leben: Gemeinsame europäische Schulden stehen schon in Paris schon lange auf der Agenda.

Andrej Babiš: Noch ein Wackelkandidat

Die Regierung von Rechtspopulist Andrej Babis in Tschechien ist erst seit Wochenbeginn komplett. Doch machte der neue Prager Premier gleich bei dem ersten EU-Gipfel seiner zweiten Amtszeit klar, in welches Lager in Brüssel sich Tschechien künftig einsortiert. Gemeinsam mit Ungarn und der Slowakei ließ sich Babis zusichern, für mögliche finanzielle Risiken des EU-Kredits an die Ukraine nicht eintreten zu müssen.

Die Zahl der Staaten, die im Krieg des russischen Staatschefs Wladimir Putin gegen die Ukraine mit Moskau sympathisieren, wächst. Schon sinniert das Umfeld des amerikanischen Präsidenten

Donald Trump im Nachklang der neuen US-Sicherheitsstrategie laut Medienberichten darüber, welche Länder sich aus der EU herauslösen ließen. Neben Ungarn, der Slowakei und Tschechien steht auch Österreich auf der Liste.

Bilanz

Interne Verwerfungslinien sind nicht neu in Europa. So gehen von diesem Gipfel zwei Signale aus. Nach außen demonstriert der Kompromiss im Milliardenkredit für die Ukraine zumindest die Handlungsfähigkeit. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach in sozialen Medien von einer "breiten Unterstützung".

Die EU wahrt nach außen ein Mindestmaß an Entschlossenheit. Nach innen aber fächert sich der Block weiter auf. Fortsetzung folgt: spätestens bei den Beratungen über den EU-Haushalt im neuen Jahr in Brüssel.“ Ende des Zitats.

Das sind für Europa typische Entscheidungsfindungsprozesse: Sie sind also die Regel und nicht die Ausnahme. Die politischen Eliten wie Großteile der jeweiligen Bevölkerungen in diesen Ländern sehen die EU vor allem als ein Mittel zur Durchsetzung knallharter eigener politischer Interessen und nicht als hehres gemeinsames Ideal. Sie denken nicht im Traum daran, diese nationalen, ja teilweise sogar nationalistischen Interessen einem gemeinsamen Projekt ‚Europa‘ unterzuordnen. Mitnichten! Nur wir hier in Deutschland hängen an derartigen Träumereien, solchen wohlklingenden Illusionen und versuchen die realen Probleme mit hohlen Phrasen zu vernebeln, um der Wirklichkeit zu entgehen, allerdings ohne Erfolg.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin ein großer und überzeugter Anhänger zentraler, gemeinsamer europäischer Werte sowie eines gemeinsamen Zusammenwirkens der europäischen Demokratien, so, wie ich es unter anderem im oben zitierten Beitrag von mir zum Ausdruck gebracht habe. Aber eben genau deshalb muss man als überzeugter Verfechter dieser demokratische Werte eben auch die Realität, wie sie eben ist, zur Kenntnis und als Grundlage der Politik nehmen. Das gilt eben vor allem für die demokratische Legitimation, welche ihre Grundlage eben in den Nationalstaaten hat und nicht in Europa, auch wenn sich das hierzulande noch so viele aus den politischen Eliten wünschen. Aber in so gut wie allen anderen Mitgliedsländern der EU wird dies eben genauso gesehen, wie ich es beschrieben habe

und zwar weitgehend gleichermaßen in den politischen Eliten wie den Bevölkerungen dieser Länder.

Das heißt nicht, dass man durchaus Versuche unternehmen kann und sollte, die ideellen Gemeinsamkeiten der Völker Europas zu stärken, wie beispielsweise im Rahmen des ‚Erasmus-Programms‘, wie oben in meinem Beitrag erwähnt. Wenn dann im Laufe der Zeit das Gemeinschaftsgefühl derart zwischen zumindest einigen Ländern derart wachsen sollte, dass man sich zu einer wirklich staatsähnlichen Union zusammenfinden will, kann dies aus meiner Sicht sehr begrüßenswert sein, aber eben erst dann und nicht vorher, gegen die Empfindungen der meisten Menschen in den jeweiligen Nationalstaaten.

Wenn man dies dennoch missachtet, verstößt man nicht nur gegen grundlegende demokratische Werte – was für sich genommen schon völlig inakzeptabel ist – sondern man erreicht auch oftmals politisch nicht das, was man eigentlich anstrebt, nämlich einen größeren Zusammenhalt in der EU verbunden mit entsprechend sachgerechten, transparenten und zielführenden Entscheidungsfindungsprozessen. Nein, man bewirkt eher das genaue Gegenteil, wie unter anderem der obige Artikel bei t-online eindrucksvoll belegt: Es wird hinter verschlossenen Türen geschachert, was das Zeug hält, um möglichst die eigenen politischen Interessen durchzusetzen, ohne Rücksicht auf die hehren gemeinsamen europäischen Ziele. Solche Prozesse sind Ausfluss eben jener grundlegenden Defizite der EU, die in ihrer derzeitigen organisatorischen Struktur fest verankert sind: Von einer demokratisch auch nur annähernd hinreichenden Legitimation kann dabei offensichtlich überhaupt keine Rede sein!

Das belegt auch der zweite Artikel bei t-online vom 31.12.2025 von Christoph Cöln, welchem ich mich jetzt zuwende und der sich mit dem Rüstungsprojekt FCAS sowie dem deutsch-französischen Streit beschäftigt:

„Streit um Rüstungsprojekt: Es droht das totale Scheitern: Das europäische FCAS soll die "Zukunft der Kriegsführung" werden. Doch die Partner streiten sich mehr als sie vorankommen. Nun steht das Prestigeprojekt vor dem Aus.

Es ist das wohl wichtigste Projekt der europäischen Rüstungsindustrie, das Future Combat Air System, kurz FCAS. 2017 noch von Angela

Merkel und Emmanuel Macron ins Leben gerufen, sollte es eigentlich das Symbol für die Wiederbelebung der deutsch-französischen Partnerschaft sein. Doch das Rüstungsprojekt droht am kleinteiligen Streit um die künftigen Machtbefugnisse der beteiligten Konzerne zu scheitern.

Eine wichtige Entscheidung wurde nun erneut vertagt – diesmal auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Ausgerechnet Deutschland und Frankreich, die beiden größten Partner, können sich offenbar nicht einig werden. "Entgegen der ursprünglichen Planung ist eine abschließende Entscheidung zum Fortgang des FCAS-Projekts zum Jahresende noch nicht gefallen", teilte ein Regierungssprecher am Dienstag mit.

Was besonders verwundert: Weder werden von Seiten der Regierung bestimmte Gründe noch ein Zeitrahmen für den Fortgang des Projekts genannt. Als Grund für den neuerlichen Aufschub nannte die Bundesregierung "die umfassende deutsch-französische Agenda in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die eine Befassung mit dem Thema gemeinsames Kampfflugzeug auf der Ebene des Präsidenten und des Bundeskanzlers noch nicht möglich gemacht hat". Und weiter: "Ein neues Datum für eine Entscheidung können wir zu diesem Zeitpunkt nicht nennen."

Insbesondere letzterer Satz dürfte Militärexperten irritieren. Denn die Zeit drängt. Der Plan ist, dass das FCAS den Eurofighter ab 2040 ablöst. Wie nie zuvor sieht sich der Kontinent in einer geopolitischen Zwangslage: die aggressiven Imperialinteressen Moskaus auf der einen und der neue Unilateralismus der Trump-Regierung auf der anderen Seite. Um in dieser heiklen weltpolitischen Lage bestehen zu können, muss Europa bei der Rüstung auf einen Nenner kommen. Ein konkurrenzfähiges Kampfflugzeug, das in Gemeinschaftsproduktion entsteht, ist dafür nach Meinung von Verteidigungspolitikern unerlässlich.

FCAS soll die Zukunft der modernen Kriegsführung werden

Doch genau da liegt das Problem. Denn in den vergangenen Monaten spitzte sich der Streit darüber, wer bei dem Projekt die Federführung übernimmt, immer weiter zu.

Da ist zum einen die deutsche Airbus. Sie ist der größte Partner in dem Projekt, zuständig für einen von drei wesentlichen Pfeilern des Systems: die Combat Cloud. Dabei handelt es sich vereinfacht gesagt

um die digitale Umgebung, in die der künftige Kampffjet eingebunden ist. Die Cloud soll die Multikompatibilität des Flugzeugs gewährleisten. Es soll im Verbund mit unbewaffneten und bewaffneten Drohnen fliegen und mit den neuesten Waffensystemen kombiniert werden können. Auch soll es mit verschiedenen anderen System interagieren können, etwa mit dem Transportflugzeug Airbus A400 M, das auch als Drohnen-Mutterschiff fungiert, oder der ebenfalls von Airbus entwickelten Langstreckendrohne Eurodrone und den Eurofighter-Versionen 4 und 5.

Kurz gesagt, das FCAS soll im Grunde alles können, was im Bereich der europäischen Verteidigung technisch möglich sein wird. Das Luftkampfsystem soll die "Zukunft der modernen Kriegsführung" darstellen, wie Airbus es in einem seiner Werbevideos nennt.

Fachleute haben allerdings Zweifel daran, ob sich das System wirklich an den tatsächlichen Bedürfnissen der europäischen Luftstreitkräfte ausrichtet. Oder ob dieser Pfeiler des FCAS nicht vor allem den Wünschen und Vorstellungen der Ingenieure dient. "Wie die Produkte zusammenfinden und ob sie zu den Einsatzbedürfnissen der Armeen passen, war erst mal zweitrangig", sagte ein Insider der "WirtschaftsWoche".

Schon jetzt werden die Gesamtkosten des komplexen Rüstungssystems auf einen dreistelligen Milliardenbetrag geschätzt. Doch das größte Problem sind nicht die Kosten, sondern die Kompetenzen. Da kommt ein weiterer Pfeiler des FCAS ins Spiel: das Flugzeug selbst. Dieses nennt sich "New Generation Fighter" (NGF) und soll unter Leitung des französischen Rüstungskonzern Dassault gebaut werden.

Dassault will sein Know-How nicht teilen

Dassault, obwohl der kleinere Partner im Vergleich zu Airbus, beansprucht die Führungsrolle für sich. Der selbstbewusste Chef des Konzerns, Eric Trappier, hat Frankreichs Präsident Macron und Verteidigungsminister Sébastien Lecornu bereits mehr als einmal klargemacht, dass er das NDF als "Herzstück" des zukünftigen Luftkampfsystems betrachtet. Trappier drohte auch damit, das Projekt scheitern zu lassen, sollten sich die Partner nicht auf seine Bedingungen einlassen. Dazu gehört nicht nur die Festschreibung der Führungsrolle des französischen Rüstungskonzerns, sondern auch die Garantie, dass es sein Know-how nicht mit den anderen Partnern teilen muss. "Das Eigentum an den durchzuführenden Arbeiten wird geteilt, aber die

Technologien und das Know-how, die uns gehören, werden nicht geteilt", sagte Trappier der französischen Zeitung "Le Figaro" Anfang Dezember.

Gemeinsam bauen, ohne Wissen zu teilen? Das stellen sich nicht nur Experten schwierig vor.

Es stecken also neben nationalen auch handfeste Geschäftsinteressen hinter dem Konflikt. Dassault baut bereits das Kampfflugzeug Rafale, während Airbus den Eurofighter produziert. Die beiden Konzerne sind Konkurrenten, nun sollen sie beim FCAS vertrauensvoll zusammenarbeiten. Und noch ein weiterer Partner kommt hinzu: Spanien. Das Land arbeitet ebenfalls mit Airbus zusammen. Allerdings haben die Spanier ebenso ihre eigenen Vorstellungen von dem Projekt wie Deutsche und Franzosen.

Der Streit drohte vollends zu eskalieren, nachdem Trappier angekündigt hatte, man könne den NGF notfalls auch im Alleingang bauen – ohne die deutschen Partner. Darauf polterte Thomas Pretzl, Betriebsratsvorsitzender des Airbus-Werks im Bayerischen Manching, es gebe ohnehin "wesentlich attraktivere und geeignetere Partner als Dassault". Auch er forderte eine klare Entscheidung der Bundesregierung – und zwar für eine Führungsrolle von Airbus beim FCAS.

Pistorius: "Können alle Hürden überwinden"

Die Politik steht angesichts der Kompetenzstreitereien zwischen den Konzernen etwas ratlos da. Es wird verhandelt, aber bislang ohne einen Durchbruch zu erzielen. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) versuchte den Streit auf kleiner Flamme zu halten, als er im Juli in einem Statement mitteilte, dass die aktuellen Differenzen "keine Überraschung bei solchen Großprojekten" seien. Er appellierte an die Beteiligten, dass es nicht um "nationale Egoismen" gehen dürfe. "Wir wollen den gemeinsamen Fähigkeitsaufbau", so Pistorius, nachdem er mit seinem französischen Kollegen Lecornu den Rheinmetall-Standort Unterlüß besucht hatte.

Pistorius bemühte sich redlich, den Konflikt zu entschärfen. "Wenn es Hürden gibt, und die gibt es gelegentlich, dann sind da keine dabei, über die wir nicht hinüberkämen".

Tatsächlich sah es Anfang Dezember dann so aus, als habe man sich im Kompetenzstreit der Konzerne geeinigt. Da hieß es, man werde in die nächste Phase des Projekts starten, diese sieht vor, einen ersten Prototyp des FCAS-Fighters zu entwickeln. Dassault solle dabei 80

Prozent der Kontrolle über das Projekt bekommen. Dies würde zugleich bedeuten, dass der französische Konzern, wenngleich nur Juniorpartner, den größten Teil der zu verteilenden Mittel von geschätzt mehr als 100 Milliarden Euro erhalten würde. Also, ein enormes Stück vom Kuchen. Französische Medien schrieben bereits von einem "Triumph" für die eigene Industrie und einer "Kapitulation" der Deutschen.

Doch gegen die vermeintliche Einigung regte sich Widerstand, insbesondere von deutschen Arbeitnehmern. "Dassault hat sich als verlässlicher Partner innerhalb Europas in Zeiten akuter Bedrohung komplett disqualifiziert", schrieb die IG Metall. SPD-Vertreter plädierten plötzlich wieder für eine nationale Lösung. Die "Zwei-Kampfflugzeuge-Lösung" sei ein "gangbarer Weg", ließ auch Airbus-Gewerkschafter Pretzl verlauten.

FCAS: Insider hält Einigung für extrem unwahrscheinlich

Die Aussage ließ weitere, grundsätzliche Differenzen zwischen den europäischen Partnern erkennen. So sieht Dassault das eigentliche Kampfflugzeug NFG als zentralen Bestandteil des Rüstungsvorhabens, während Airbus offenbar die Combat Cloud, also die digitale Vernetzung verschiedener bemannter und unbemannter Kampfsysteme, als das eigentliche Zukunftsprojekt ausgemacht hat. Im Streit um FCAS liegen also nicht nur Konzerne im Clinch, es geht auch um eine ideologische Auseinandersetzung. Um die Frage, wie der Luftkrieg der Zukunft geführt werden wird.

Das Projekt sei ein äußerst wichtiges Zeichen für die europäische Souveränität, hatte SPD-Politiker Pistorius noch im Juli angemahnt. Wie brüchig diese Souveränität jedoch ist, wenn es wirklich darauf ankommt, zeigte sich schon beim EU-Gipfel in Brüssel in der vergangenen Woche. Da schafften es die europäischen Partner nicht, sich auf die Beschlagnahmung der russischen Vermögen in der EU zu einigen.

Ähnlich sieht es inzwischen bei FCAS aus. Dass das Vorhaben überhaupt noch zustande kommt, sei "sehr unwahrscheinlich", sagte ein Insider der Nachrichtenagentur Reuters Mitte Dezember. Denn selbst die von den Deutschen ins Spiel gebrachte "Zwei-Fighter"-Lösung droht am Veto der Franzosen zu scheitern. Diese hätte zwar nationale Lösungen beim Bau der Kampfflugzeuge vorgesehen, bei der Entwicklung der Combat Cloud hätten die europäischen Partner

aber zusammengearbeitet. Doch auch dieser Minimalkompromiss scheint derzeit vom Tisch zu sein.

Nun erfolgte also die Verschiebung der weiteren Gespräche auf unbestimmte Zeit, wie die Bundesregierung mitteilt. Es droht ein komplettes Scheitern. Das FCAS gilt als Realitäts-Check dafür, ob Europa in der Lage ist, ein hochkomplexes Kampfsystem zu entwerfen und zu bauen, wie das französische Fachmagazin "Aeromorning" schrieb. Es ist fraglich, ob der Kontinent diesen Realitäts-Check besteht.“ Ende des Zitats.

All jene in den deutschen politischen Eliten, die von einer großen gemeinsamen und wirklich gedeihlichen europäischen Rüstungszusammenarbeit angesichts der immensen internationalen Bedrohungen träumen, werden auch hier wiederum Lügen gestraft. Anstatt solchen Illusionen nachzuhängen, sollte man die Zusammenarbeit auch auf diesem Feld den harten Realitäten anpassen, indem man die eigenen, nationalen Interessen selbstbewusst verfolgt, zwar offen für Kooperationen mit anderen Ländern, aber eben nicht blauäugig oder weltfremd. Denn das tun die anderen auch nicht, schon erst recht nicht Frankreich, unserem größten Partner in der EU, wie der obige Artikel ein weiteres Mal eindrucksvoll belegt.

Allerdings wird weder in den oben genannten Artikeln noch ansonsten bei t-online in aller Regel auf die gravierenden Demokratiedefizite – wie ich sie in meinen Beiträgen zur EU u.a. in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ erläutere – eingegangen, wie beispielsweise die undemokratische Stimmengewichtung bei den Wahlen zum EU-Parlament und welche Überlegungen jener zugrunde liegen. Ebensowenig werden die Folgewirkungen all dessen auf die Alltagspolitik einschließlich ihrer Entscheidungsfindungsprozesse hinreichend thematisiert. So bleibt es bei kritischen Berichten auf einen Einzelfall bezogen, ohne die wirklich alldem zugrundeliegenden, tieferen Ursachen zur Kenntnis zu nehmen und dann auch damit in Verbindung zu bringen. Aber genau diese Defizite tragen wesentlich zur Delegation der EU, ihrer Institutionen sowie ihrer internen Prozesse mit bei und zwar in weiten Teilen der Bevölkerungen vieler Länder. Und dies wiederum ermuntert die politischen Eliten dieser Länder die eigenen, nationalen Interessen, gerade auch bei Aushandlungsprozessen in der EU, oftmals ziemlich rücksichtslos zu verfolgen, weil sie sich zuallererst eben jenen

eigenen Bevölkerungen gegenüber verantwortlich fühlen und nicht einem gemeinsamen europäischen Interesse. Schon gar nicht hängen sie der Illusion nach, dass es einen, wie auch immer gearteten, gesamteuropäischen Souverän gäbe, dem sie in irgendeiner Weise gegenüber verpflichtet wären.

Ich sehe anhand solcher Beispiele meine seit vielen Jahren vorgebrachte Kritik immer und immer wieder bestätigt, ohne dass dies von weiten Teilen der politischen Eliten wie reichweitenstarken Medien in Deutschland erkannt worden ist. Zumindest sprechen die anfangs aufgeführten Phrasen sowie die Berichterstattung nicht für eine entsprechende Zurkenntnisnahme oder auch nur für den Willen zu einer solchen. Damit sind diese selbsternannten ‚Europafreunde‘ eben genau das nicht, denn sie treiben mit ihrem Werben, ja, Drängen zu einer immer intensiveren gemeinsamen politischen Union die Völker Europas nur auseinander, anstatt sie zusammenzuführen. Viele Länder, von den politischen Eliten bis hin zum einfachen Volk, fühlen sich oftmals durch dieses deutsche Drängen aus diesem größten Land der EU bevormundet und ihrer Souveränität beraubt. Sie empfinden sich eben zunächst als Franzosen, Polen, Spanier, Tschechen usw. und eben nicht als Europäer. Infolgedessen reagieren sie u.a. in politischen Aushandlungsprozessen in der Weise, wie es in den beiden t-online Artikeln beschrieben wird. Zudem öffnen die deutschen politischen Eliten mit ihrem Ignorieren der Wirklichkeit unseriösen Populisten Tür und Tor, bei uns in Deutschland wie auch in anderen Ländern Europas. Das zeigte nicht zuletzt auch der Prozess zum Austritts Großbritanniens aus der EU, zum Schaden aller davon Betroffenen.

Ich kann als einfacher Bürger nur immer und immer wieder versuchen, auf die reale Sachlage hinzuweisen sowie einige eigene Überlegungen und Vorschläge beisteuern. Und das habe ich ein weiteres Mal mit diesem Beitrag getan.